



**„Diese Gewerbeeinheit wurde wegen des Verstoßes gegen Handelsvorschriften versiegelt. Der Eigentümer dieser Gewerbeeinheit soll sich bei der Polizei melden.“\***

## Wirtschaftlicher Druck auf Bahá'í-Geschäfte im Iran wächst.

In den letzten Wochen und Monaten waren die Bahá'í Ziel einer anhaltenden Welle von Geschäftsschließungen in einer Reihe von Städten. Neben laufenden öffentlichen Hasskampagnen, Verweigerung des Rechts auf Bildung, Schändung von Bahá'í-Friedhöfen, Inhaftierungen und Razzien und Straflosigkeit für Gewalttaten gegen Bahá'í wird nun staatlicherseits gezielter wirtschaftlicher Druck auf die Bahá'í im Iran eingesetzt. Vor dem Hintergrund der bereits vor Jahrzehnten erfolgten Verdrängung der Bahá'í aus allen öffentlichen Ämtern und Berufen wird jüngst berichtet:

- Am 25. Oktober 2014 wurden in Kerman, Rafsanjan und Jiroft 79 von Bahá'í geführte Geschäfte, die aufgrund eines Bahá'í-Feiertages mit Arbeitsruhe geschlossen hatten, durch das *Büro zur Überwachung öffentlicher Räume („Amaken“)* versiegelt.
- In dem offensichtlichen Versuch, den guten Ruf der Geschäftsinhaber zu besudeln, befestigten Beamten Plakate, die besagten, dass die Inhaber Geschäftsvorschriften und Handelspraktiken verletzt hätten.
- Nach intensivem Bemühen und Beschwerdeingaben der Betroffenen wurde den Inhabern schließlich am 1. Januar 2015, nach 67 Tagen, wieder unter Auflagen erlaubt ihre Geschäfte zu öffnen.
- Voraussetzung für die Erlaubnis ist die schriftliche Zusage der Inhaber, künftige Ruhetage den Behörden im Vorfeld anzukündigen.
- Im April und Mai 2015 wurden an Bahá'í-Feiertagen wiederum zahlreiche Geschäfte geschlossen: 21. April: Einige Geschäfte in Rafsanjan und Sari; 29. April: 11 Geschäfte in Rafsanjan, sieben in Kerman und sechs in Sari; 24. Mai: 11 Geschäfte in Sari.
- Es häufen sich Berichte, wonach Geschäftsinhabern angedroht wird, ihnen die Geschäftslizenz zu entziehen und das Unternehmen permanent zu schließen, sofern sie nicht eine Erklärung unterzeichnen, mit der sie zusichern, ihre Geschäfte künftig nur noch an den gesetzlich vorgeschriebenen Feiertagen geschlossen zu lassen. Gleiche Forderungen wurden jüngst gegen Bahá'í gestellt, die ihre Geschäftslizenzen erneuern lassen wollten.

Bisher ist keine gesetzliche Grundlage vorgebracht worden, die die Schließung von Geschäften legalisiert, die an einzelnen Tagen im Jahr nicht geöffnet haben.

### Hintergrund

Der Versuch, das wirtschaftliche Leben der Bahá'í zu zerstören, gehört schon seit der Islamischen Revolution 1979 zu den Facetten staatlicher Verfolgung, als die Regierung begann, alle im öffentlichen Dienst beschäftigten Bahá'í zu entlassen. Anschließend ging sie dazu über, den Bahá'í im Bereich der Privatwirtschaft die Geschäftslizenzen abzuerkennen. Auf diese Weise verloren Tausende Bahá'í über die letzten dreißig Jahre ihre Arbeit und damit die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Spätestens seit Bekanntwerden des 1991 von höchster Stelle autorisierten sog. [Golpeygni Memorandums](#) ist die staatlich betriebene Systematik der Verfolgung der Bahá'í offensichtlich: Das Ziel, die Bahá'í an den Rand der Gesellschaft zu drängen und ihnen jegliche Existenzgrundlage zu entziehen, wird mit einem breiten Spektrum von Menschenrechtsverletzung verfolgt, die in zahlreichen Berichten von Menschenrechtsorganisationen dokumentiert sind.

Bereits in vergangenen Jahren äußerten Beamte ebenfalls Einwände gegen die Schließung der Geschäfte von Bahá'í wegen eines Feiertages und behaupteten, dass die Schließung der Verbreitung der Bahá'í-Religion diene.

Die Bahá'í genießen unter ihren Mitbürgern den Ruf, in all ihren Geschäftsangelegenheiten ehrlich und aufrichtig zu sein- einschließlich gegenüber ihren muslimischen Angestellten und Kollegen sowie bei Kunden und Auftraggebern.

Die Mitglieder der Bahá'í-Gemeinde schlagen derzeit jeden der ihnen zur Verfügung stehenden Rechtswege ein, um Gerechtigkeit zu erlangen. Sie fordern die Behörden auf, Beweise für die Rechtmäßigkeit ihrer Vorgehensweise vorzulegen.

\*Ein Plakat an einem der 79 von Bahá'í geführten Geschäftseinheiten, die am 25. Oktober 2014 von den Behörden geschlossen wurden.